



Der Ausschuss für Kultur und Medien



- 1** Reiner Deutschmann, FDP
Obmann selbstständiger Unternehmensberater, Beigeordneter a. D., in Kamenz; verheiratet, vier Kinder. MdB seit 2009
- 2** Burkhardt Müller-Sönksen, FDP
Rechtsanwalt, geb. 24.8.1959 in Otterndorf; verheiratet, ein Kind. MdB seit 2005
- 3** Sebastian Blumenthal, FDP
IT-Berater, geb. 4.8.1974 in Bergen; ledig. MdB seit 2009
- 4** Patrick Kurth, FDP
Politikwissenschaftler, geb. 6.10.1976 in Sondershausen; verlobt, ein Kind. MdB seit 2009
- 5** Dorothee Bär, CDU/CSU
Diplom-Politologin, Journalistin, geb. 19.4.1978 in Bamberg; verheiratet, ein Kind. MdB seit 2002
- 6** Reinhard Grindel, CDU/CSU
Fernsehjournalist, geb. 19.9.1961 in Hamburg; verheiratet, zwei Kinder. MdB seit 2002
- 7** Johannes Selle, CDU/CSU
Diplom-Mathematiker, geb. 13.1.1956 in Lobenstein; verheiratet, drei Kinder. MdB 1994 bis 1998 und seit 2009
- 8** Christoph Poland, CDU/CSU
Lehrer, geb. 19.8.1949 in Frohburg; verheiratet, drei Kinder. MdB seit 2009
- 9** Thomas Strobl, CDU/CSU
Rechtsanwalt, geb. 17.3.1960 in Heilbronn; verheiratet. MdB seit 1998
- 10** Dagmar Wöhrl, CDU/CSU
Unternehmerin, Parlamentarische Staatssekretärin a. D., geb. 5.5.1954 in Stein bei Nürnberg; verheiratet, drei Kinder. MdB seit 1994
- 11** Marco Wanderwitz, CDU/CSU
Obmann Rechtsanwalt, geb. 10.10.1975 in Chemnitz; verheiratet, drei Kinder. MdB seit 2002
- 12** Wolfgang Börsen, CDU/CSU
Realschullehrer, Maurer, Buchautor, geb. 26.4.1942 in Flensburg; verheiratet, vier Kinder. MdB seit 1987
- 13** Monika Grütters, CDU/CSU
Vorsitzende Stiftungsvorstand, geb. 9.1.1962 in Münster; ledig. MdB seit 2005
- 14** Angelika Krüger-Leißner, SPD
Stellvertretende Vorsitzende Dezerntin, geb. 13.8.1951 in Jüterbog; zwei Kinder. MdB seit 1998
- 15** Siegmund Ehrmann, SPD
Obmann Städtischer Leiter der Verwaltungsdirektor a. D., geb. 24.1.1952 in Moers; verheiratet, ein Kind. MdB seit 2002
- 16** Brigitte Zypries, SPD
Juristin, Bundesministerin a. D., geb. 16.11.1953 in Kassel; ledig. MdB seit 2005
- 17** Ulla Schmidt, SPD
Lehrerin, Bundesministerin a. D., geb. 13.6.1949 in Aachen; ein Kind. MdB seit 1990
- 18** Dr. h. c. Wolfgang Thierse, SPD
Kulturwissenschaftler, Germanist, geb. 22.10.1943 in Breslau; verheiratet, zwei Kinder. MdB seit 1990
- 19** Claudia Roth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dramaturgin, geb. 15.5.1955 in Ulm; ledig. MdB 1998 bis 2001 und seit 2002
- 20** Agnes Krumwiede, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Obfrau Diplom-Musikerin, geb. 17.1.1977 in Neuburg an der Donau; zwei Kinder. MdB seit 2009
- 21** Tabea Rößner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Redakteurin, geb. 7.12.1966 in Sassenberg; zwei Kinder. MdB seit 2009
- 22** Dr. Lukrezia Jochimsen, DIE LINKE.
Obfrau Publizistin, geb. 1.3.1936 in Nürnberg. MdB seit 2005
- 23** Kathrin Senger-Schäfer, DIE LINKE.
Politologin, Germanistin, geb. 21.3.1962 in Bonn; verheiratet, zwei Kinder. MdB seit 2009
- 24** Dr. Rosemarie Hein, DIE LINKE.
Lehrerin, Kunstwissenschaftlerin, geb. 17.1.1953 in Leipzig; verheiratet, zwei Kinder. MdB seit 2009



Im Deutschen Bundestag werden Entscheidungen über zum Teil sehr komplexe und strittige Gesetzesvorhaben und über parlamentarische Initiativen aus allen Politikbereichen getroffen. Ausschüsse spielen eine zentrale Rolle in der parlamentarischen Beratung. Denn hier ringen die Abgeordneten um Kompromisse und ziehen Sachverständige hinzu, ehe sie ihre Berichte und Beschlussempfehlungen für die Bundestagsabstimmungen abgeben.

www.bundestag.de/ausschuesse/index.html

„Kultur ist kein Luxus. Sie hält unsere Gesellschaft im Innersten zusammen. Wir brauchen Kreativität und Innovationsfähigkeit. Ob Hauptstadtkultur, Gedenkstätten oder Filmförderung – der Ausschuss für Kultur und Medien befasst sich mit diesen Politikbereichen, soweit sie von nationaler Bedeutung sind. Nationale Identität erwächst vor allem aus dem Kulturleben eines Landes – das gilt es zu schützen und zu fördern“



Monika Grütters, CDU/CSU
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien

Die Ausschüsse im Bundestag

Entscheidungen des Deutschen Bundestages werden in den Ausschüssen vorbereitet, die in jeder Wahlperiode neu eingesetzt werden. Vier von ihnen verlangt das Grundgesetz: die Ausschüsse für Auswärtiges, für Verteidigung, für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Petitionsausschuss. Vorgegeben sind auch der Haushaltsausschuss und der Geschäftsordnungsausschuss. Der fachliche Zuschnitt der Ausschüsse entspricht weitgehend der Ressortverteilung der Bundesregierung. Auf diese Weise wird dem Parlament eine wirksame Kontrolle der Regierung ermöglicht. Eigene Akzente setzt der Deutsche Bundestag, indem er für bestimmte Themenfelder wie Sport, Kultur oder Tourismus weitere Ausschüsse einrichtet. Zusätzlich können auch Sondergremien wie Parlamentarische Beiräte, Untersuchungsausschüsse oder Enquetekommissionen eingesetzt werden.

In den Ausschüssen sind Abgeordnete aller Fraktionen vertreten. Ihre Zusammensetzung spiegelt die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag wider. Auch die Besetzung der Vorsitze und deren Stellvertretung erfolgt im Verhältnis der Stärke der Fraktionen. Die Zahl der Ausschussmitglieder liegt in der 17. Wahlperiode zwischen neun und 41. In den Ausschüssen werden die vom Plenum überwiesenen Vorlagen beraten und verhandelt. Im Rahmen der Selbstbefassung im eigenen Aufgabenbereich setzen sie Schwerpunkte in der parlamentarischen Debatte. Wenn nötig, ziehen sie externen Sachverständigen hinzu – meist, indem sie öffentliche Anhörungen durchführen. Die Beratungen enden mit einer mehrheitlich verabschiedeten Beschlussempfehlung, auf deren Grundlage dann das Plenum seine Entscheidung trifft.

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Den Ausschuss für Kultur und Medien gibt es seit 1998. Damals setzte die Bundesregierung einen Staatsminister als Beauftragten für Kultur und Medien ein. Dessen Arbeit parlamentarisch zu begleiten ist eine der Hauptaufgaben des Ausschusses. Für Theater, Museen und Bibliotheken sind zwar zu allererst Städte, Gemeinden und Bundesländer verantwortlich. Aber der Bund ist immer dann zuständig, wenn es um Fragen von nationaler Bedeutung geht. Außerdem bestimmt er oft den rechtlichen Rahmen und ist auf internationaler Ebene Hauptansprechpartner.

Wenn also zu entscheiden ist, in welchem Umfang der Bund die Kultur in seiner Hauptstadt fördern oder wie die Erinnerung an herausragende Ereignisse deutscher Geschichte wachgehalten werden soll, wenn diskutiert wird, wer Zugang zu den Akten des DDR-Staatssicherheitsdienstes haben soll oder wie es mit dem Auslandsender „Deutsche Welle“ weitergeht,

dann sind die Vorsitzende, Monika Grütters (CDU/CSU), und die anderen 23 Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien gefragt. Die Tagesordnungen der Sitzungen spiegeln die Vielfalt der Themen: Mal geht es um die Kinolandschaft, in der Programmkinos ebenso wie Multiplexe eine Zukunft haben sollen, dann um die Konzeption für das Humboldt-Forum im Zentrum Berlins. Mal wird über den Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals diskutiert, mit dem an die Überwindung der Teilung Deutschlands erinnert werden soll, dann wird der Aufbau einer digitalen Bibliothek beraten, die im Internet die Bestände kultureller Sammlungen per Mausclick zugänglich machen soll.

Häufig bilden Gesetzentwürfe oder Anträge aus den Fraktionen die Diskussionsgrundlage. Wenn das Gremium diese Unterlagen federführend berät, schlägt es dem Plenum des Deutschen Bundestages vor, was dort beschlossen werden soll. In vielen Fällen setzt der Ausschuss seine Themen jedoch aus eigener Initiative. Ganz wichtig ist den Abgeordneten die Kontrolle der Regierungsarbeit. Deshalb stehen regelmäßig Mitglieder der Bundesregierung Rede und Antwort und erklären, wie Bundestagsbeschlüsse umgesetzt und Projekte vorangetrieben werden. Um bei wichtigen Problemen keinen entscheidenden Aspekt zu vergessen, holen sich die Abgeordneten von Zeit zu Zeit Rat von außen. Dann lädt der Ausschuss zu Anhörungen oder Expertengesprächen ein. Ob und wie Länder und Kommunen es

schaffen können, in Zeiten leerer Kassen ein breites Kulturangebot zu sichern, und inwiefern der Bund ihnen dabei helfen sollte, lautete beispielsweise einmal so eine Fragestellung. Manchmal nimmt sich der Ausschuss Zeit für Gäste aus Einrichtungen, die größtenteils aus dem Haushalt des Bundes finanziert werden. Dann diskutieren die Abgeordneten zum Beispiel mit dem Direktor der Internationalen Filmfestspiele Berlin über die Entwicklung der Berlinale oder mit dem Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz über die Zukunft des Weltkulturerbes auf der Museumsinsel in Berlin. Immer wichtiger wird für den Ausschuss die europäische Kultur- und Medienpolitik. Viele Vorgaben aus Brüssel beeinflussen die Handlungsspielräume der Politik in Deutschland. Deshalb beobachtet der Ausschuss kontinuierlich, was in der EU geschieht, um seinen Einfluss dort geltend machen zu können.

Der Unterausschuss „Neue Medien“

Um mit der dynamischen Entwicklung im Bereich der neuen Medien Schritt zu halten, hat der Ausschuss einen Unterausschuss eingesetzt. Dort arbeiten unter dem Vorsitz von Sebastian Blumenthal (FDP) 13 Abgeordnete aus allen Fraktionen zusammen. Zielsetzung des Gremiums ist die Beratung von Themen, die besonders von Informations- und Kommunikationstechnologien, der Digitalisierung und dem Internet geprägt sind. Der Unterausschuss bietet für diese Themenbereiche mit wachsendem Gewicht eine Plattform in der parlamentarischen Arbeit des Bundestages. Dabei hat sich bewährt, dass der Unterausschuss als Querschnittsausschuss angelegt ist. Die Mitglieder des Unterausschusses gehören nicht allein dem Ausschuss für Kultur und

Medien an, sondern kommen auch aus anderen mit neuen Medien befassten Gremien. Der Unterausschuss bietet so Gelegenheit, ein Thema aus verschiedenen Perspektiven umfassend zu beleuchten, was auch die zu beratenden Themen widerspiegelt: Daten- und Verbraucherschutz im nationalen und europäischen Maßstab, Medienkompetenz, Netzneutralität und die effektive Bekämpfung der Darstellung von Kindesmissbrauch im Internet, oder die Frage, wie in digitalen Wertungsketten geistiges Eigentum geschützt werden kann, um den Kreativen ihre Einkommensquellen zu sichern. Die Abgeordneten beraten, ob beziehungsweise an welcher Stelle die Politik steuernd eingreifen sollte, und suchen dafür oft in Form von Anhörungen und Gesprächen den Austausch mit Experten. So befasste sich beispielsweise ein öffentliches Expertengespräch mit dem Datenschutz in sozialen Netzwerken.

Von ideellen und materiellen Werten, von reiner Kunst und wirtschaftlichen Interessen

Wer Kultur- und Medienpolitik gestaltet, hat es mit ideellen und materiellen Werten zu tun, mit reiner Kunst und handfesten wirtschaftlichen Interessen. Die Kultur- und Medienpolitik ist deshalb eng mit anderen Politikbereichen verschränkt, zum Beispiel mit der Wirtschaftspolitik oder mit der Rechtspolitik. Zeitungen oder Bücher, Gemälde oder Kompositionen sind nicht nur Selbstzweck. Sie sollen auch ihr Publikum finden, sich verkaufen und Autoren und Produzenten ihr Einkommen sichern. Ob es Förderprogramme für die Kreativen gibt, wie hoch Steuersätze ausfallen oder wie Wertungsketten funktionieren, spielt für den kulturellen und medialen Erfolg eine wesentliche Rolle. Die Kultur- und Kreativwirtschaft wird als Branche für die wirtschaftliche Entwicklung

und die Zahl der Arbeitsplätze immer wichtiger. Das spiegelt sich nicht zuletzt im Kulturtourismus, dessen wachsende Erfolgsfolge sich in Zahlen messen lassen. Der Ausschuss für Kultur und Medien hat im Blick, was über Ressortgrenzen hinweg getan werden kann, um ein Umfeld zu schaffen, das es ermöglicht, kreatives Potenzial vollständig zu entfalten. Der Wert von Kultur und Medien reduziert sich aber nicht auf den materiellen Aspekt. Ein vielfältiges Medienangebot, das es erlaubt, sich unabhängig aus verschiedenen Quellen und Blickwinkeln zu informieren,



gehört zu den Bausteinen unserer Demokratie. Und kulturelles Leben ist zuallererst Ausdruck von Humanität. Junge, experimentelle Künstlerinnen und Künstler vermitteln Denkanstöße und Impulse, die die Gesellschaft insgesamt voranbringen können. Experimente schließen das Risiko des Scheiterns ein, aber Fortschritt ohne Risiko ist nicht zu haben. Wie die Avantgarde gefördert werden soll, ist im Ausschuss genauso Thema wie der Schutz des kulturellen Erbes und der Umgang mit unserer Geschichte. Deshalb berät der Ausschuss, wie die Erinnerung an die beispiellose nationalsozialistische Terrorherrschaft wachgehalten oder über das Schicksal der Vertriebenen informiert werden soll. Der Bund leistet seinen Beitrag zur Erinnerungskultur,

indem er Gedenkstätten fördert, Museen finanziert und Mahnmale errichtet. Dabei fördert er auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und dem SED-Unrecht. Wenn die Grundlinien dieser Politik erarbeitet werden, ist der Ausschuss für Kultur und Medien maßgeblich beteiligt. Das breite kulturelle Angebot in Deutschland kann sich sehen lassen, und die Medienlandschaft ermöglicht eine echte Auswahl. Der Ausschuss für Kultur und Medien wacht auf nationaler Ebene darüber, dass die Kultur die staatliche Unterstützung bekommt, die sie braucht, und dass die Politik die Bedeutung der Medien für Demokratie und Gesellschaft im Blick behält.

Informationen im Internet

Ausschuss für Kultur und Medien
www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a22/index.jsp

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
www.kulturstaatsminister.de

Zur Kulturpolitik von Bund und Ländern
www.kulturportal-deutschland.de

Anschrift des Ausschusssekretariats

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: + 49 30 227-34006
Fax: + 49 30 227-36502
E-Mail: kulturausschuss@bundestag.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Berlin
Redaktion: Georgia Rauer, Berlin
Gestaltung und Herstellungskoordination: Regelindis Westphal Grafik-Design/ Berno Buff, Norbert Lauterbach, Anna-Lena von Salomon, Berlin
Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele
Fotos: Christoph Rieken (Porträt); Deutscher Bundestag/studio kohlemeier (360°-Foto); DBT/Linus Lintner (Außenaufnahme)
Grafik: Marc Mendelson, Bearbeitung Regelindis Westphal Grafik-Design
Druck: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Stand: November 2010
© Deutscher Bundestag, Berlin; alle Rechte vorbehalten.

Die Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist grundsätzlich unzulässig.

